

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(24. - öffentliche - Sitzung am 13. März 2014)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes über Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Niedersächsisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - NdsGVFG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

[Drs. 17/833](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 17 anzunehmen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Niedersachsen über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/1190](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich einstimmig der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Nachbarrechtsgesetzes und der Niedersächsischen Bauordnung**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/1259](#)

Der - federführende - Ausschuss kam überein, zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden soll in der nächsten Sitzung festgelegt werden.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof (NStGHG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1111](#)

Der Ausschuss legte den Termin für die mündliche Anhörung auf den 11. Juni 2014 fest und bestimmte den Kreis der Anzuhörenden.

5. **Strafen für Kinderpornographie verschärfen - Strafbarkeitslücken unverzüglich schließen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1216](#)

Der Ausschuss kam überein, zu dem Antrag zunächst eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Der Kreis der schriftlich Anzuhörenden soll in der nächsten Sitzung festgelegt werden. Auf der Grundlage der Stellungnahmen soll später festgelegt werden, wer auch mündlich angehört werden soll.

6. **Fortsetzung der Unterrichtung über die Vorgänge um das Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy durch die Justizministerin Frau Niewisch-Lennartz**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.